



Bebauungsplan Nr. 39

Für das Gebiet zwischen Bismarckstraße, Katharinenstraße u. Stresemannstraße

Maßstab 1: 1000

Mit Inkrafttreten dieses Planes treten die bisherigen städtebaulichen Vorschriften außer Kraft, soweit deren Gegenstände in diesem Plan geregelt sind oder ihm widersprechen.

Zeichenerklärung

Festsetzungen des Bebauungsplanes
Art und Maß der baulichen Nutzung

Wohnbauflächen	Gewerbliche Bauflächen	Sonderbauflächen
Reine Wohngebiete	Gewerbegebiete	Wochenendhausgebiete
Allgemeine Wohngebiete	Industriegebiete	Sondergebiete z. B. Ladengebiete
Kleinsiedlungsgebiete		Flächen oder Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
Gemischte Bauflächen		Schule
Mischgebiete		Kindertagesstätte
Keimgebiete		Kindergarten
Dorfgebiete		Kirche
Baulinie		Verwaltungsgebäude
Baugrenze		
Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung		
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes		
Firstrichlung		

Verkehrsflächen	Weitere Nutzungsarten
Straßenverkehrsflächen	Flächen oder Baugrundstücke für Versorgungsanlagen, z. B. Umformstation
Öffentliche Parkflächen	Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
Straßenbegrenzungslinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen	Führung oberirdischer Versorgungsanlagen
Zufahrtsverbot	Arkaden
	Auskragung
	Flächen für Aufschüttungen

Grünflächen, Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft	Grünflächen
Flächen für die Landwirtschaft	Grünflächen, z. B. Spielplatz
Flächen für die Forstwirtschaft	Parkanlage
Flächen für Land- oder Forstwirtschaft	Dauerkleingärten
Baum- u. Strauchpflanzungen	Sportplatz

Nachrichtliche Übernahmen	Bestandsangaben
Naturschutz- (N) oder Landschaftsschutzgebiet (L)	Wohngebäude
Wasserschutz- (W), Quellenschutz- (Q) oder Überschwemmungsgebiet (Ü)	Wirtschafts- und Industriegebäude
Flächen für Bahnanlagen	Wasserflächen, Häfen

Folgende Festsetzungen gelten außerdem:

Die Ausnahmen nach § 4 (3), 5, 6 der Bauordnungsverordnung sind nicht zulässig.
In dem Teil des allgemeinen Wohngebietes (WA) zwischen Katharinenstraße, Bismarckstraße, von Emmich-Straße und dem Verbindungsweg zwischen von Emmich-Straße und Katharinenstraße sind die Ausnahmen nach § 4 (3) Ziffer 2 der Bau-VO allgemein zulässig.
Die erforderlichen Stellflächen sind auf den Baugrundstücken nachzuweisen.
Gem. § 22 (4) Bau-VO wird für das Gebiet WA VI + I folgende Bauweise vorgeschrieben:
3 Punkthäuser

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 19. 1. 1965. Hildesheim, den 18. Okt. 1967 Stadtvermessungsamt Dr. Ruescher Stadtvermessungsoberrat	Für die Aufstellung des Planentwurfs Hildesheim, den 18. Okt. 1967 Stadtplanungsamt Kromm Stadtbaureferent	Dem Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Sitzung am 22. 1. 1968 zugestimmt. Hildesheim, den 7. 6. 1968 Krause Stadtbaudirektor	Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Zeit vom 9. 2. bis 8. 3. 1968 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen. Die Auslegung ist am 1. 2. 1968 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist bekanntgemacht worden. Hildesheim, den 7. 6. 1968 Krause Stadtbaudirektor
Der Entwurf zu diesem Bebauungsplan wurde auf Grund der gem. § 2 (6) Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 vorgebrachten Anregungen und Bedenken geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 1. 7. 1968 zugestimmt. Hildesheim, den 8. 7. 1968 Krause Stadtbaudirektor	Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 u. § 6 (1) der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. 3. 1955 vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 1. 7. 1968 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 beigelegt. Hildesheim, den 8. 7. 1968 Krause Oberbürgermeister	GENEHMIGT gem. § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 (BGBI. I S. 341) nach Maßgabe meiner Verfügung vom heutigen Tage. Hildesheim, den 6. 9. 1968 Der Regierungspräsident im Auftrage Möller	Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gemäß § 12 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 ab 19. 9. 1968 öffentlich aus. Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 19. 9. 1968 im Öffentlichen Anzeiger — nachrichtlich im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Hildesheim — bekanntgemacht worden. Hildesheim, den 19. 9. 1968 Krause Stadtbaudirektor